



Kurzb e r i c h t (n e u)

über die 6. Sitzung des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 11. Januar 2018, 12:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 12:05 Uhr

1. **Situation der Sana-Kliniken Ostholstein**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 19/350](#)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/351](#)

Der Ausschuss ließ sich zur Situation der Sana-Kliniken Ostholstein durch den Geschäftsführer, Herrn Abel, durch Herrn Minister Dr. Garg und Herrn Staatssekretär Dr. Badenhop für das Sozialministerium sowie Herrn Landrat Sager berichten. Es fand eine ausführliche Erörterung statt. Im zweiten Quartal 2018 soll nach Prüfung der Unterlagen durch das Sozialministerium das Thema im Sozialausschuss erneut beraten werden.

2. **Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter bedarfsgerecht anpassen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/297](#) (neu)

Wohnortnahe stationäre Hospizplätze weiter ausbauen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/342](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht zur Arbeit der Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit Schleswig-Holstein entgegen und beschloss, die Beschlussfassung zu dem Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW und dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen auf eine spätere Sitzung zu vertagen.

3. **Aktualisierter Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der Medikamentenversuche in der Kinder- und Jugendpsychiatrie**

Nachdem der Ausschuss einen Bericht von Sozialminister Dr. Garg zum Sachstand entgegengenommen hatte, nahm er in Aussicht, in der zweiten Jahreshälfte eine Veranstaltung mit Betroffenen, gegebenenfalls gemeinsam mit dem Sozialministerium, durchzuführen.

4. Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 26. November 2017
[Umdruck 19/349](#)

Der Ausschuss nahm die Beschlüsse der 31. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ zur Kenntnis und stellte den Fraktionen anheim, daraus Initiativen zu entwickeln.

5. Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln
Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/226](#)

Mit Zustimmung des Antragstellers empfahl der Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/226](#), für erledigt zu erklären.

6. Tarifliche Anpassung des vergaberechtlichen Mindestlohns
Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/357](#) (neu)

Der Ausschuss nahm in Aussicht, den Antrag in einer seiner nächsten Sitzungen erneut zu beraten, und formulierte die Erwartung, dass der Wirtschaftsausschuss mit seiner Beschlussfassung auf das Votum des Sozialausschusses warten möge.

7. Verschiedenes

Der Ausschuss beschloss, den Terminplan um einen Termin am 22. November 2018, um 14:00 Uhr, zu erweitern.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Thomas Wagner